

KOMMUNALE FINANZDATEN UNTER WEGWEISER- KOMMUNE.DE

Erstellt von

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Gerhard Micosatt und Marc Gnädinger

Ziel der Finanzdateneinstellung: Wo stehen die Kommunen mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik im Vergleich zu ihren Nachbarkommunen oder gemessen am Bundes- und Landestrend? Werden kommende Generationen eine Heimatkommune vorfinden, die ihnen angemessene Leistungen anbietet oder droht zumindest in einigen eine Finanzentwicklung mit wachsenden Schuldenbergen, welche die Teilhabechancen der Nachwelt aufzehrt? Zu diesen und weiteren Fragen liefern die unter www.wegweiser-kommune.de eingestellten Finanzdaten wichtige Informationen. Erstmals können zentrale Finanzdaten aller Kommunen ab einer Größe von 5.000 Einwohnern online abgerufen und miteinander verglichen werden. Dies ermöglicht jedermann einen konzentrierten Blick auf die lokale Haushaltssituation, ohne dabei im Dschungel kommunaler Haushaltspläne die Orientierung zu verlieren. Dieses Mehr an Transparenz ist Voraussetzung für ein Mehr an Partizipation. Gegenüberstellungen einzelner Städte, Gemeinden oder Kreise sind dabei natürlich nur dann sinnvoll, wenn es sich um vergleichbare Kommunen handelt. Daher wurde auf die gleiche Webpräsenz ebenfalls eine Analyse der Kommunalstrukturen eingestellt. Aus ihr geht hervor, unter welchen Kommunen Vergleiche sinnvoll sind und nützliche Informationen liefern. Mit der geschaffenen Transparenz will das Programm „Kommunen und Regionen“ der Bertelsmann Stiftung den Dialog zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft über Aufgabenerfüllung sowie Konsolidierung unterstützen.

WICHTIGE GESAMTERGEBNISSE AUS DEN KOMMUNALEN FINANZDATEN

Kommunales Haushaltsergebnis Deutschland 2007¹! Das kommunale Haushaltsergebnis Deutschland spiegelt das durchschnittliche Ergebnis aller deutschen Kommunen² im Jahr 2007 wieder. Aus dieser Perspektive signalisiert ein Überschuss von 115 € je Einwohner, dass die Kommunen – wie schon im Jahr zuvor – die vorausgegangene Finanzkrise überwunden haben. Die Aufbereitung des Jahresergebnisses in Teilschritten lässt dabei Aussagen zu verschiedenen Aspekten der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen zu.

¹ Die Daten für 2007 beruhen auf vorläufigen Werten aus der kommunalen Kassenstatistik.

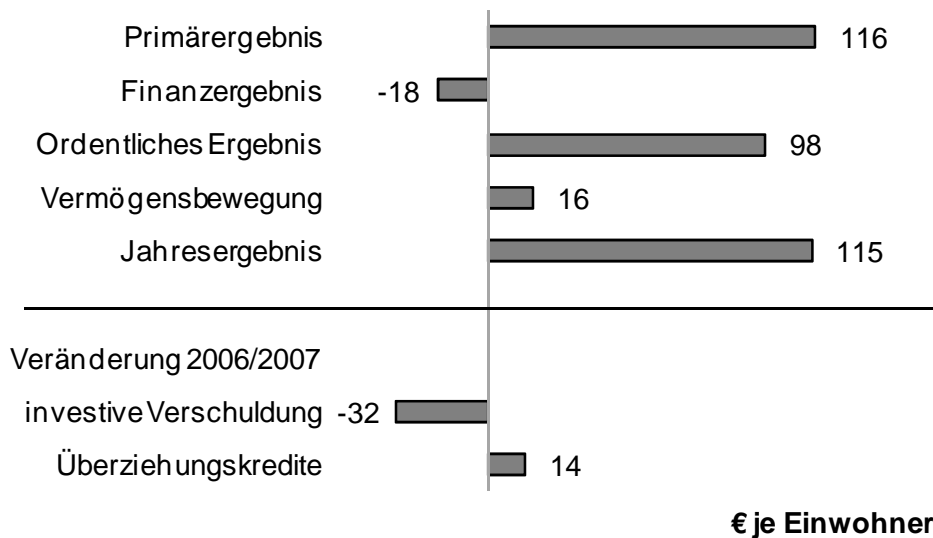
² Mit den unter www.wegweiser-kommune.de eingestellten Finanzdaten kann Jedermann mit Hilfe der eingestellten Informationen binnen weniger Schritte die gleiche Auswertung für seine Heimatkommune vornehmen.

Das erste Haushaltsergebnis ist das **Primärergebnis**. Es zeigt an, inwieweit die Kommunen es schaffen, ihre laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Fehlbeträge an dieser Stelle decken strukturelle Ungleichgewichte auf. Für den Durchschnitt der deutschen Kommunen ist das im Jahr 2007 nicht der Fall: Die laufenden Einnahmen übersteigen die laufenden Ausgaben mit + 116 € / EW deutlich.

Als zweite zentrale Größe ist das **Finanzergebnis** zu nennen. Es wird wesentlich durch den Saldo aus Zinseinnahmen und -ausgaben bestimmt. Daneben werden Gewinnanteile an wirtschaftlichen Unternehmen (kommunale Unternehmen, an denen die Kommune beteiligt ist) und Kreditbeschaffungskosten einbezogen. In den meisten Kommunen ist das Finanzergebnis negativ, weil die Zinslasten aus den aufgenommenen Krediten größer sind, als die Einnahmen auf der anderen Seite. Viele deutsche Kommunen werden so von den in der Vergangenheit angehäuften Altlasten in der Gegenwart enorm eingeengt. Im Durchschnitt der deutschen Kommunen kommt das aber noch nicht zum Vorschein: Das Finanzergebnis ist mit - 18 € / EW nur leicht negativ. In der Addition von Finanz- und Primärergebnis ergibt sich das **Ordentliche Ergebnis**, das 2007 immer noch deutlich positiv ausfällt.

Vermögensveräußerungen und -zukäufe modifizieren das Ordentliche Ergebnis nochmals. Ein positiver Saldo signalisiert, dass mehr „kommunales Tafelsilber“ ver-, als neues Vermögen zugekauft wurde. Viele Kommunen gleichen ihre Haushalte in Krisenzeiten durch Vermögensverkäufe aus. Im gesamtdeutschen Durchschnitt betrug der Saldo bei den **Vermögensbewegungen** + 16 € / EW und glich damit fast das negative Finanzergebnis aus. Dies kann aber keine Dauerstrategie zur Haushaltskonsolidierung sein. Durch die Addition von Vermögensbewegungen und Ordentlichem Ergebnis ergibt sich dann das **Jahresergebnis**.

Kommunales Haushaltsergebnis Deutschland 2007



Kommunaler Reichtum und Armut sind keine Frage der Himmelsrichtung! Der gesamtdeutsche kommunale Jahresüberschuss von 115 € je Einwohner zerfällt bei großräumlicher Betrachtung auffällig. Insbesondere die Kommunen in Hessen (+ 294 €/EW), in Baden-Württemberg (+ 200 €/EW) und in Bayern (+ 179 /EW) haben hohe Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet. Unter den ostdeutschen Ländern erreichen die Kommunen in Thüringen (+ 117 €/EW), Sachsen (+ 112 €/EW) und Sachsen-Anhalt (+ 111 €/EW) auch immer noch hohe Werte. Auf der anderen Seite stehen die Kommunen in Rheinland-Pfalz (- 43 €/EW), Saarland (- 41 €/EW) und Schleswig-Holstein (- 16 €/EW), die auch im besten Jahr der kommunalen Haushaltsgeschichte weiterhin Fehlbeträge aufweisen. In anderen Ländern, namentlich z. B. von Nordrhein-Westfalen oder Mecklenburg-Vorpommern ist die Freude über die vorhandenen kommunalen Überschüsse mit Vorsicht zu genießen, denn hier trug die Veräußerung von kommunalem Vermögen den Haushaltsausgleich erheblich mit. Auf Dauer ist damit aber keine Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Den höchsten Jahresüberschuss unter den kreisfreien Städten und Kreisen³ (Kreis- und Gemeindehaushalte) hat im Jahr 2007 die Stadt Frankfurt am Main⁴ (+ 1.532 €/EW) erzielt.

³ **Wichtiger Hinweis:** Selbst innerhalb einzelner Kreise gibt es bei den zugehörigen Gemeinden zum Teil extreme Spannweiten. Das gilt für alle Kennzahlen. Die Informationen zu einzelnen Kommunen ab 5.000 Einwohner können unter www.wegweiser-kommune.de ausgelesen werden.

Die Stadt mit dem zweithöchsten Überschuss, die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf, wies im Jahr 2007 einen Überschuss von 1.076 € / EW aus. Trotzdem haben es im Jahr 2007 exakt 100 der insgesamt 429 kreisfreien Städte und Kreise (Kreise inklusive ihrer Gemeinden) nicht geschafft, Überschüsse zu erwirtschaften [Vgl. Deutschland-Karte Überschuss / Fehlbetrag der Kommunen in Euro je Einwohner]. Sie weisen Fehlbeträge aus. Insgesamt 80 kreisfreie Städte und Kreise konnten nicht einmal ihre laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen decken [Vgl. Deutschland-Karte Primärergebnis in Euro je Einwohner]. Trotz der positiven Entwicklung der kommunalen Finanzsituation im Jahr 2007 konnten die strukturellen Probleme in vielen Kommunen nicht beseitigt werden. Gerade für diese Kommunen dürften die Mittel aus dem Konjunkturpaket II segensreich sein: Dabei sollte aber darauf geachtet werden, dass durch die Investitionen keine „Folgekostenexplosion“ entsteht. Zur Finanzierung der Folgekosten müssen hinreichende laufende Einnahmen vorhanden sein, und diese werden im Zuge eines konjunkturellen Abschwungs tendenziell sinken. Daneben beinhaltet auch das Konjunkturpaket selbst an einigen Stellen Elemente (z. B. die Änderung des Einkommensteuergesetzes), die die laufenden Einnahmen der Kommunen tendenziell reduzieren werden. Die Mittel aus dem Investitionspaket sollten daher primär dort verwendet werden, wo durch die Investitionen langfristig Einsparungen realisiert werden.

Die Heterogenität der Jahresergebnisse setzt sich innerhalb der einzelnen Flächenländer fort. So gibt es bei den Ländern, in denen beim Jahresüberschuss im Durchschnitt gute Ergebnisse erzielt wurden, Ausreißer nach unten. Selbst in Hessen, dem Land in dem die Kommunen durchschnittlich die höchsten Pro-Kopf-Überschüsse erwirtschaftet haben, gibt es Regionen mit sehr geringen Überschüssen oder sogar Defiziten, z. B. in der Stadt Offenbach mit einem Fehlbetrag von - 177 € / EW. Gleiches gilt in umgekehrter Richtung. In Rheinland-Pfalz, dem Bundesland mit den höchsten durchschnittlichen Fehlbeträgen, gibt es auch Regionen mit Überschüssen. Fehlbeträge sind demnach kein Markenzeichen für ganz Rheinland-Pfalz. So wurden z. B. im Durchschnitt des Kreis Mainz Bingen (+ 202 € / EW) vergleichsweise hohe Überschüsse erwirtschaftet.

⁴ Die statistischen Zahlen zu Frankfurt sind an mindestens einer Stelle nicht plausibel, was an der Umstellung auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen liegen könnte, z. B. weist die Stadt Frankfurt am Main soziale Leistungen (netto) für 2007 in Höhe von - 82 € / EW aus. Hier ist es wahrscheinlich, dass falsche Zahlen an die Statistik geliefert wurden. Es ist nicht auszuschließen, dass mit der Umstellung auf das NKF die Statistik an Wahrheitsgehalt verliert, weil noch weitere Kommunen betroffen sind.

Dramatische Fehlentwicklungen in einzelnen Regionen! Ein besonderes Krisenphänomen sind die Kassenkredite. Im Gegensatz zu anderen Schuldenarten sind sie nicht durch materiell geschaffene Werte gedeckt. Sie werden als „kommunaler Dispokredit“ zu Finanzierung laufender Ausgaben herangezogen. Eigentlich sind sie zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gedacht. In einigen Kommunen ist daraus aber mittlerweile eine Dauereinrichtung auf extrem hohem Niveau geworden. Zwischen dem Jahr 2006 und dem Jahr 2007 sind die Kassenkredite noch einmal um durchschnittlich 14 €/EW gestiegen. 191 kreisfreie Städte und Kreise (Kreis- und Gemeindehaushalte) weisen Ende 2007 Werte von über 100 €/EW aus. Fünf erreichen gar Werte von über 3.000 €/EW [Vgl. Deutschland-Karte Kassenkredite in Euro je Einwohner]. Der „Spitzenreiter“ unter den kreisfreien Städten und Kreisen - Oberhausen - weist Ende 2007 ein Kassenkreditniveau von 4.990 €/EW aus. Insgesamt betrachtet zeichnet die Kassenkredite eine besonders hohe räumliche Konzentration aus. Am 31.12.2007 entfiel allein auf die 25 am stärksten belasteten kreisfreien Städte und Kreise ein Anteil von 14,6 Mrd. € und damit 50,8 % des Gesamtvolumens – bei einem Einwohneranteil von nur 11,6 %. Dabei stehen Städte und Kreise aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Niedersachsen und Hessen an der Spitze. Allein die Hansestadt Lübeck hat mehr Kassenkredite ausgewiesen, als alle bayrischen Kommunen zusammen. Sie hält 43,2 % aller kommunalen Kassenkredite in Schleswig-Holstein. Noch dominanter in einem Bundesland ist Saarbrücken (nur die kreisangehörige Stadt) mit einem Anteil von 49,8 % am Landeswert. Mit Mainz und Ludwigshafen gehören auch Städte zu dieser Gruppe, die nicht unbedingt als strukturschwach einzuordnen sind.

Baden-Württemberg bildet bei dieser für die Generationengerechtigkeit besonders relevanten Schuldenart eine Ausnahme. Es ist das einzige Land, in dem es keine kreisfreien Städte oder Kreise (Kreise inklusive ihrer Gemeinden) gibt, in denen Kassenkreditniveaus von über 100 €/EW vorkommen. Selbst von den landesweit höchsten Werten, die innerhalb von Baden-Württemberg im Kreis Emmendingen (61 €/EW) erreicht werden, sind zahlreiche Kommunen anderer Länder weit entfernt. Das Durchschnittsniveau aller Kommunen in Baden-Württemberg liegt bei den Kassenkrediten Ende 2007 bei 8 €/EW, während in anderen Länder, z. B. dem Saarland (1.115 €/EW), in Rheinland-Pfalz (811 €/EW) oder in Nordrhein-Westfalen (758 €/EW) deutlich höhere Werte erreicht werden. Sowohl im Saarland (+ 102 €/EW), in Rheinland-Pfalz (+ 57 €/EW) wie auch in Nordrhein-Westfalen (+63 €/EW) sind zwischen 2006 und 2007 die Kassenkredite je Einwohner im Durchschnitt der Kommunen dieser drei Länder noch einmal angestiegen. In Niedersachsen sind die

Kassenkredite im gleichen Zeitraum durchschnittlich um 41 €/EW zurück gegangen. Trotzdem tragen die Kommunen in Niedersachsen Ende 2007 noch mit 521 €/EW das vierthöchste Kassenkreditniveau im bundesweiten Vergleich.

Schuldenfreie Kommunen auf der anderen Seite! Ja, es gibt sie in Deutschland: schuldenfreie Kommunen. [Vgl. Grafik Gemeinden mit weniger als 10 € Schulden je Einwohner] Gemessen an den üblicherweise betrachteten Investitionsschulden der Kernhaushalte haben 16,7 % der einzelnen deutschen Gemeinden Ende 2007 weniger als 10 Euro an Schulden. Diese Kommunen vereinen insgesamt allerdings nur 4,6 % der Einwohner auf sich. Einzig im Saarland gibt es keine einzige Gemeinde, die in diesem Sinne als schuldenfrei bezeichnet werden kann. Aber auch in den anderen Ländern ändert sich die Einschätzung, wenn weitere Verschuldungsarten in die Betrachtung einbezogen werden: Neben den Investitionsschulden häufen die Kommunen mittlerweile weitere Schuldenarten an. Mit der Erweiterung des Schuldenbegriffs um Kassenkredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Kernhaushalte und Schulden der Eigenbetriebe verringern sich die Werte der schuldenfreien Kommunen: Unter ihrer Berücksichtigung sind lediglich 15,6 Prozent der Gemeinden mit einem Einwohneranteil von 2,8 Prozent schuldenfrei. Unter diesem Blickwinkel waren Ende 2007 von den 12.238 Gemeinden insgesamt 1.904 schuldenfrei. Die höchsten Quoten erreichen bei dieser Betrachtung die Länder Schleswig-Holstein mit 32,4 % schuldenfreien Kommunen bei einem Einwohneranteil von 7,9 % und Rheinland-Pfalz – hier sind 31,5 Prozent der Gemeinden schuldenfrei, was einem Einwohneranteil von 11,2 Prozent des Bundeslandes entspricht. Unter den ostdeutschen Flächenbundesländern war der Prozentsatz bei den schuldenfreien Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten: 122 der 849 Gemeinden des Landes waren Ende 2007 schuldenfrei. Damit hatten Ende 2007 insgesamt ganze 14,4 % der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern weniger als 10 €/EW an Schulden. In keinem anderen ostdeutschen Bundesland wird eine gleich hohe Quote bei den schuldenfreien Gemeinden erreicht. Sobald demnächst auch die einzelgemeindlichen Zahlen der kommunalen Unternehmen der Gemeinden inklusive deren Schulden vorliegen, könnte die Quote der schuldenfreien Gemeinden weiter sinken.

Generell kann aber diagnostiziert werden, dass niedrige Schulden und eine hohe Anzahl schuldenfreier Gemeinden allein auch nicht „glücklich“ machen. Im Durchschnitt der Kommunen von Schleswig-Holstein wird in nahezu idealtypischer Weise deutlich, dass niedrige Gesamtschulden allein noch keine positiven Haushaltsergebnisse bewirken. Zwar

weisen die Kommunen in Schleswig-Holstein mit 1.957 €/EW (inklusive der Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) im Jahr 2007 die niedrigsten Gesamtschulden unter allen Flächenländern aus, dennoch wurde in der Summe der Kommunen ein Fehlbetrag von 16 €/EW realisiert. Auch in Rheinland-Pfalz, dem Land mit dem zweithöchsten Prozentsatz an schuldenfreien Gemeinden wurden im Jahr 2007 im Durchschnitt der Kommunen hohe Fehlbeträge realisiert.

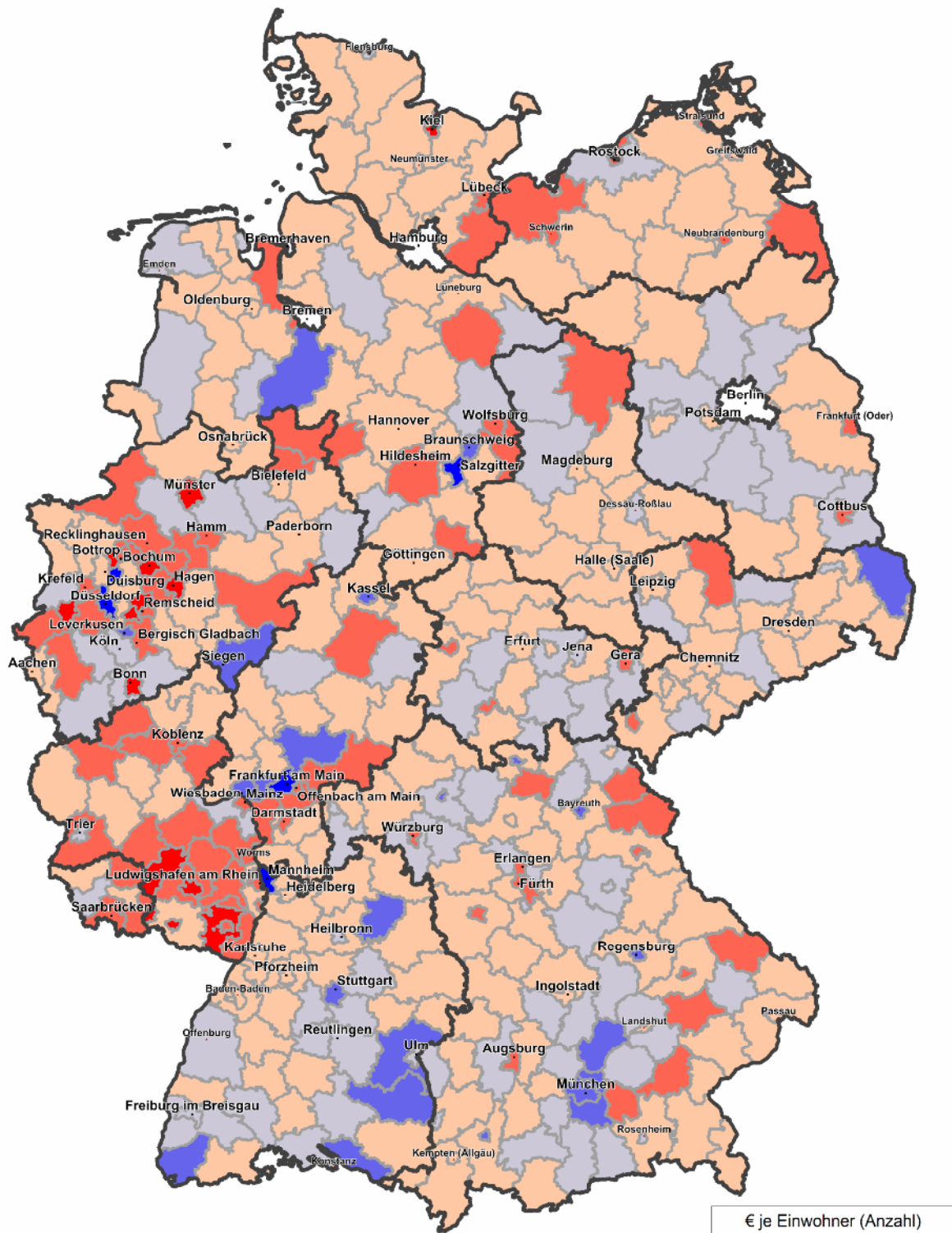
Ungleiche Verteilung der Steuereinnahmen! Besonders bemerkenswert ist die Verteilung des Steueraufkommens. Unter den kreisfreien Städten und Kreisen (Kreis- und Gemeindehaushalte) weisen 251 ein Netto-Steueraufkommen von über 650 €/Einwohner aus, allerdings sind darunter mit dem Kreis Freiberg und der Stadt Dresden nur zwei aus den ostdeutschen Bundesländern. Steuerschwache Regionen gibt es aber auch in den westdeutschen Bundesländern und dort vor allem in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Teilen von Niedersachsen. In Schleswig-Holstein wurden die geringsten Netto-Steuereinnahmen unter den westdeutschen Flächenländern erreicht. Im Jahr 2007 beliefen sie sich auf 716 €/EW. Hierin liegt eine Ursache für das im Durchschnitt der schleswig-holsteinischen Kommunen schwache Primärergebnis. Aber selbst in Bayern weist z. B. der Kreis Freyung-Grafenau mit 483 €/EW ein verhältnismäßig geringes Steueraufkommen aus [Vgl. Deutschland-Karte Steuereinnahmen in Euro je Einwohner]. Die höchsten Netto-Steuereinnahmen wurden im Durchschnitt der hessischen Kommunen realisiert. Bei den durchschnittlichen Pro-Kopf-Netto-Steuereinnahmen liegen die hessischen Kommunen bundesweit mit 1.150 €/EW im Jahr 2007 an der Spitze. Baden-Württemberg folgt mit 1.006 €/EW. Allerdings sind die Steuereinnahmen in Hessen innerhalb des Landes sehr ungleich verteilt. In Baden-Württemberg gibt es dagegen unter den kreisfreien Städten und Kreisen (Kreise inklusive ihrer Gemeinden) keine einzige Region mit Steuereinnahmen von unter 600 €/EW. Die niedrigsten Werte liegen innerhalb von Baden-Württemberg im Kreis Calw (748 €/EW), im Kreis Emmendingen (712 €/EW) und im Neckar-Odenwald-Kreis (636 €/EW). In Hessen ist das anders. Die Stadt Frankfurt am Main steht dabei deutschlandweit mit einem Netto-Steueraufkommen von 3.009 €/EW mit deutlichem Abstand an der Spitze. Auf der anderen Seite weisen der hessische Schwalm-Eder-Kreis (570 €/EW) und der ebenfalls in Hessen befindliche Werra-Meißner-Kreis (450 €/EW) deutlich niedrigere Werte aus. Die ostdeutschen Kommunen weisen allesamt in ihrem Durchschnitt niedrigere Netto-Steuereinnahmen aus, als die steuerschwächste Region in Baden-Württemberg: Brandenburg kommt auf Netto-Steuereinnahmen von 485 €/EW, Mecklenburg-Vorpommern auf 389 €/EW.

EW, Sachsen auf 495 €/EW, Sachsen-Anhalt auf 458 €/EW und Thüringen auf 426 €/EW. Die unter den kreisfreien Städten und Kreisen (Kreise inklusive ihrer Gemeinden) steuerstärksten Regionen innerhalb von Thüringen (die Stadt Jena mit 596 €/EW), innerhalb von Sachsen-Anhalt (die Landeshauptstadt Magdeburg mit 601 €/EW) und innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern (die Landeshauptstadt Schwerin mit 579 €/EW) liegen sogar noch unter dem niedrigsten Wert in Baden-Württemberg. Bei Betrachtung einzelner Steuerarten wie dem Netto-Gewerbesteueraufkommen oder den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer werden die Unterschiede noch deutlicher. So hat z. B. die Stadt Schwerin mit 160 €/EW den höchsten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Damit liegt sie unter dem niedrigsten Wert in Hessen. Dieser liegt im Werra-Meißner-Kreis mit 246 €/EW noch immer deutlich höher.

Umgekehrt verhält es sich mit den Schlüsselzuweisungen [Vgl. Deutschland-Karte Schlüsselzuweisungen in Euro je Einwohner]. Von den 206 kreisfreien Städten und Kreisen (inkl. ihrer Gemeinden) mit Schlüsselzuweisungen von weniger als 300 €/EW liegt nur die Stadt Neubrandenburg in den ostdeutschen Bundesländern. Auf der anderen Seite der Skala erhielten im Jahr 2007 die Stadt Halle (Saale) 787 €/EW und Frankfurt (Oder) 759 €/EW sehr hohe Pro-Kopf-Beträge an Schlüsselzuweisungen. Dennoch gilt, dass auch einige westdeutsche Kommunen Schlüsselzuweisungen in erheblichem Umfang erhalten. Eine deutliche Konzentration von Kommunen mit Schlüsselzuweisungen von mehr als 400 €/EW findet sich z. B. in NRW in der Region um die Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Oberhausen und Recklinghausen.

Wie geht es weiter? Es werden zu mindestens fünf Bundesländern ausführliche Berichte erstellt, in denen es u. a. um Verursachungszusammenhänge geht. Daneben werden in den nächsten Monaten auch die Daten für die ausgelagerten Organisationseinheiten unter www.wegweiser-kommune.de eingestellt und ab dann jährlich aktualisiert. Die Auslagerungsdaten (kommunale Unternehmen) liegen aktuell noch nicht für jede einzelne Kommune vollständig vor. Von ihrer Bedeutung sind sie wichtig. Bereits im Zuge des kommunalen Finanz- und Schuldenreports Deutschland 2008 wurde festgestellt, dass sich über alle Kommunen hinweg durchschnittlich über 50 Prozent der Verschuldung, der Personalausgaben sowie der Investitionen in Auslagerungen befindet. Unter Berücksichtigung dieser Werte ergibt sich für das Jahr 2007 bei der Verschuldung der Kommunen eine durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von 3.286 Euro je Einwohner. Bei den staatlichen Gebietskörperschaften ist die Situation nicht anders. Einschließlich der Auslagerungen waren Bund und Länder Ende 2007 je Einwohner mit rund 16.106 bzw. 5.920 Euro verschuldet. Unter Addition dieser Werte ergibt sich eine durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung von 25.312 Euro, d. h. jeder Deutsche trägt eine Last im Wert eines Mittelklassewagens an öffentlichen Schulden – vor dem Konjunkturpaket.

Kommunales Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) nach Landkreisen und kreisfreien Städten in 2007



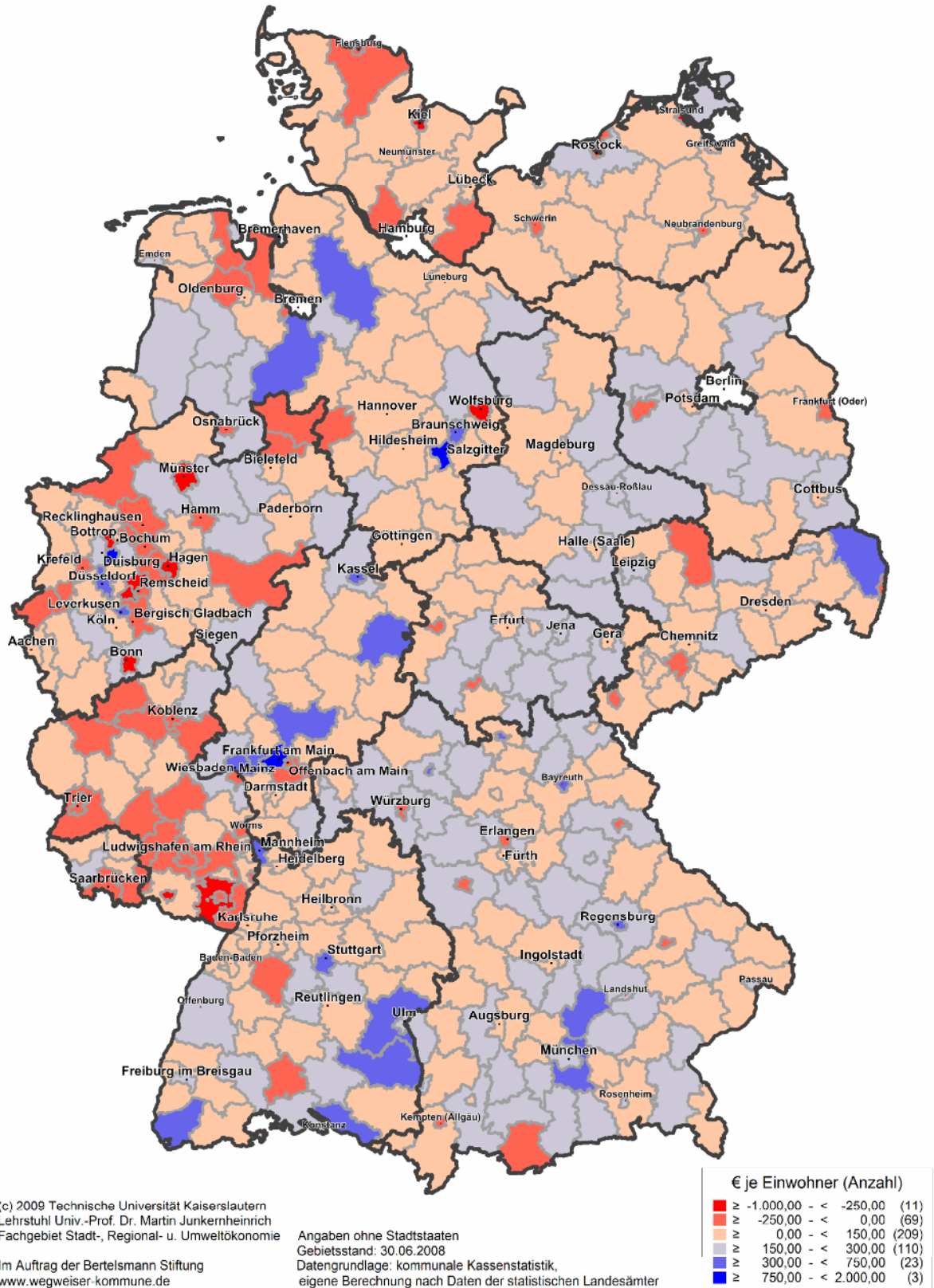
(c) 2009 Technische Universität Kaiserslautern
 Lehrstuhl Univ.-Prof. Dr. Martin Junkernheinrich
 Fachgebiet Stadt-, Regional- u. Umweltökonomie

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
 www.wegweiser-kommune.de

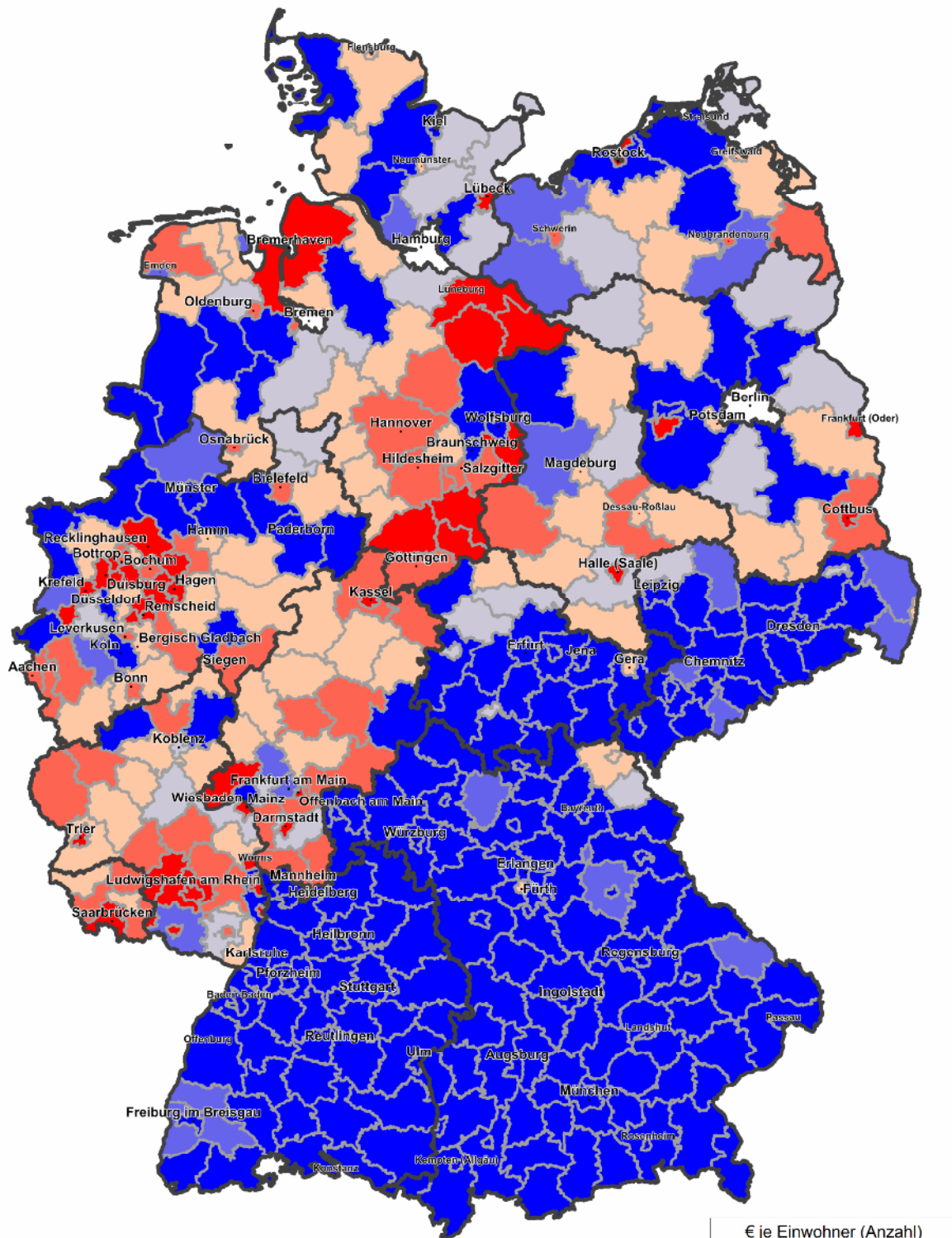
Angaben ohne Stadtstaaten
 Gebietsstand: 30.06.2008
 Datengrundlage: kommunale Kassenstatistik,
 eigene Berechnung nach Daten der statistischen Landesämter

€ je Einwohner (Anzahl)	
≥ -800,00 - < -250,00	(14)
≥ -250,00 - < 0,00	(86)
≥ 0,00 - < 150,00	(208)
≥ 150,00 - < 300,00	(89)
≥ 300,00 - < 750,00	(23)
≥ 750,00 - < 2.000,00	(5)

Kommunales Primärergebnis nach Landkreisen und kreisfreien Städten in 2007



Kommunale Kassenkredite nach Landkreisen und kreisfreien Städten in 2007



(c) 2009 Technische Universität Kaiserslautern
 Lehrstuhl Univ.-Prof. Dr. Martin Junkerheinrich
 Fachgebiet Stadt-, Regional- u. Umweltökonomie

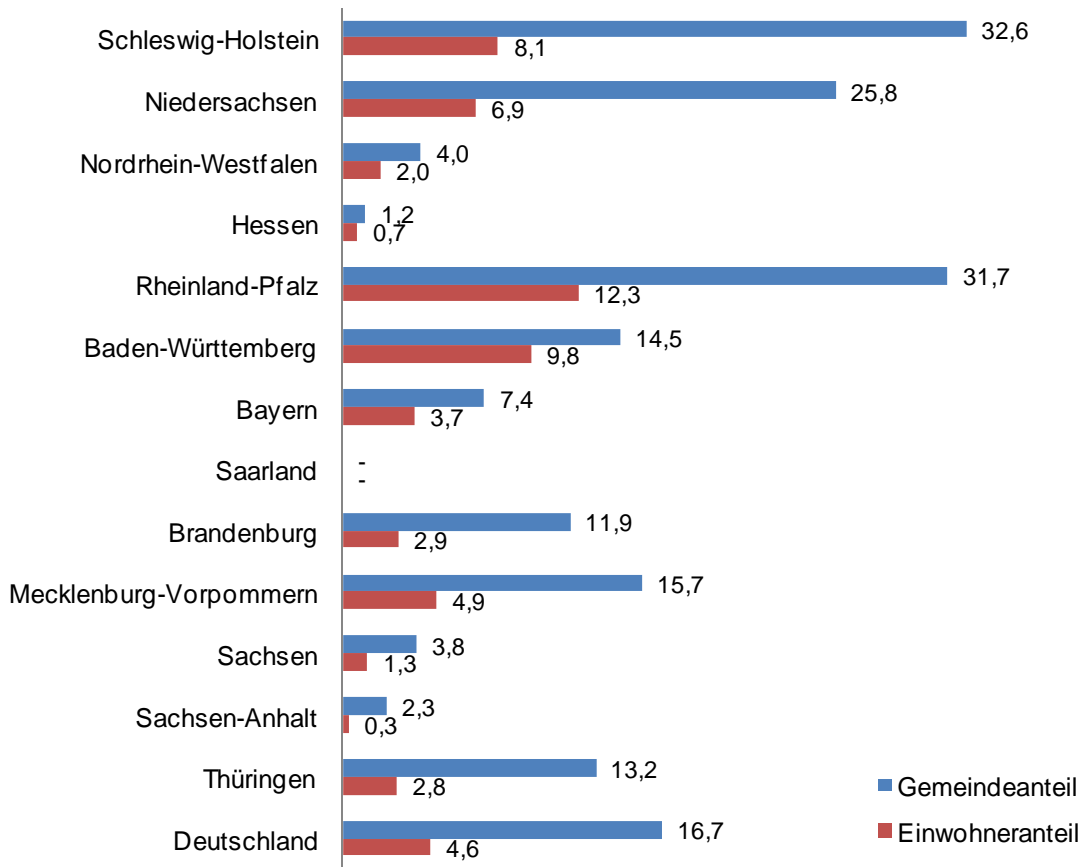
Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
www.wegweiser-kommune.de

Angaben ohne Stadtstaaten
 Gebietsstand: 30.06.2008
 Datengrundlage: kommunale Schuldenstatistik,
 eigene Berechnung nach Daten der statistischen Landesämter

€ je Einwohner (Anzahl)

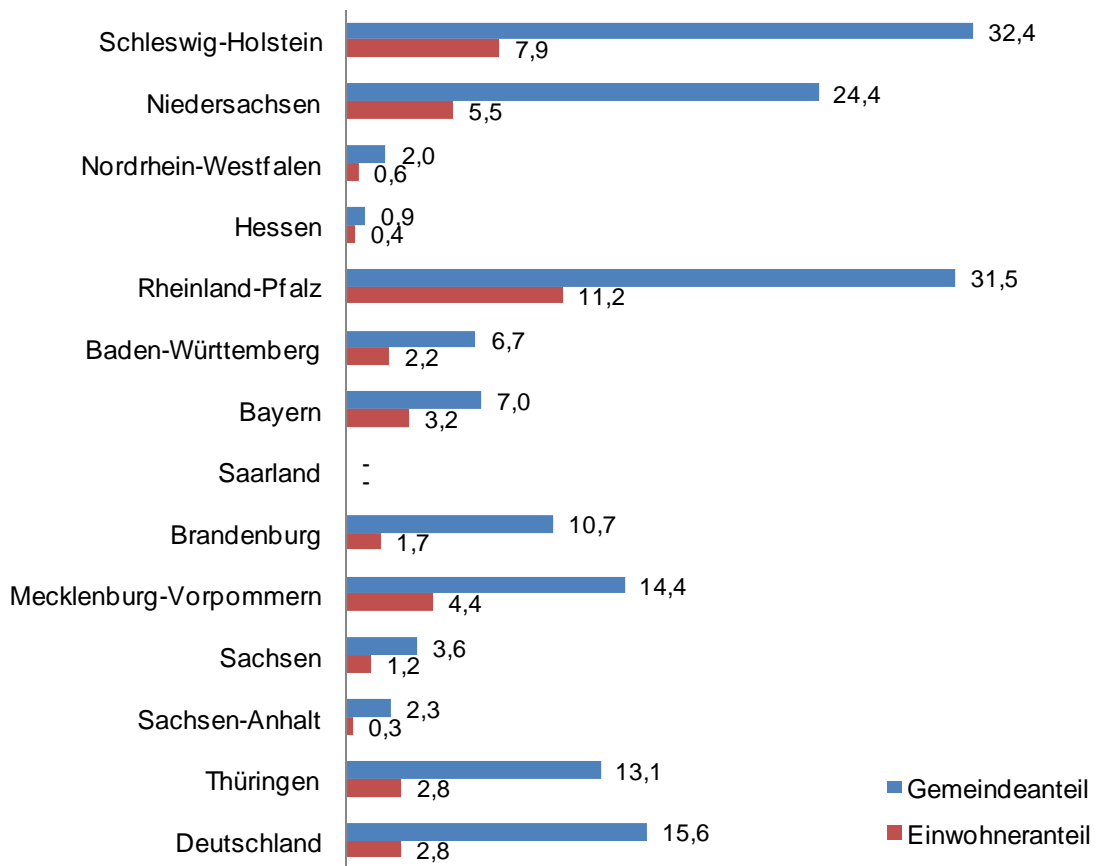
≥ 0,00 - < 50,00	(210)
≥ 50,00 - < 100,00	(24)
≥ 100,00 - < 200,00	(32)
≥ 200,00 - < 500,00	(67)
≥ 500,00 - < 1.000,00	(47)
≥ 1.000,00 - < 5.000,00	(45)

Gemeinden mit weniger als 10 € Investitionsschulden der Kernhaushalte je Einwohner am 31.12.2007 in %



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Statistischen Landesämter.

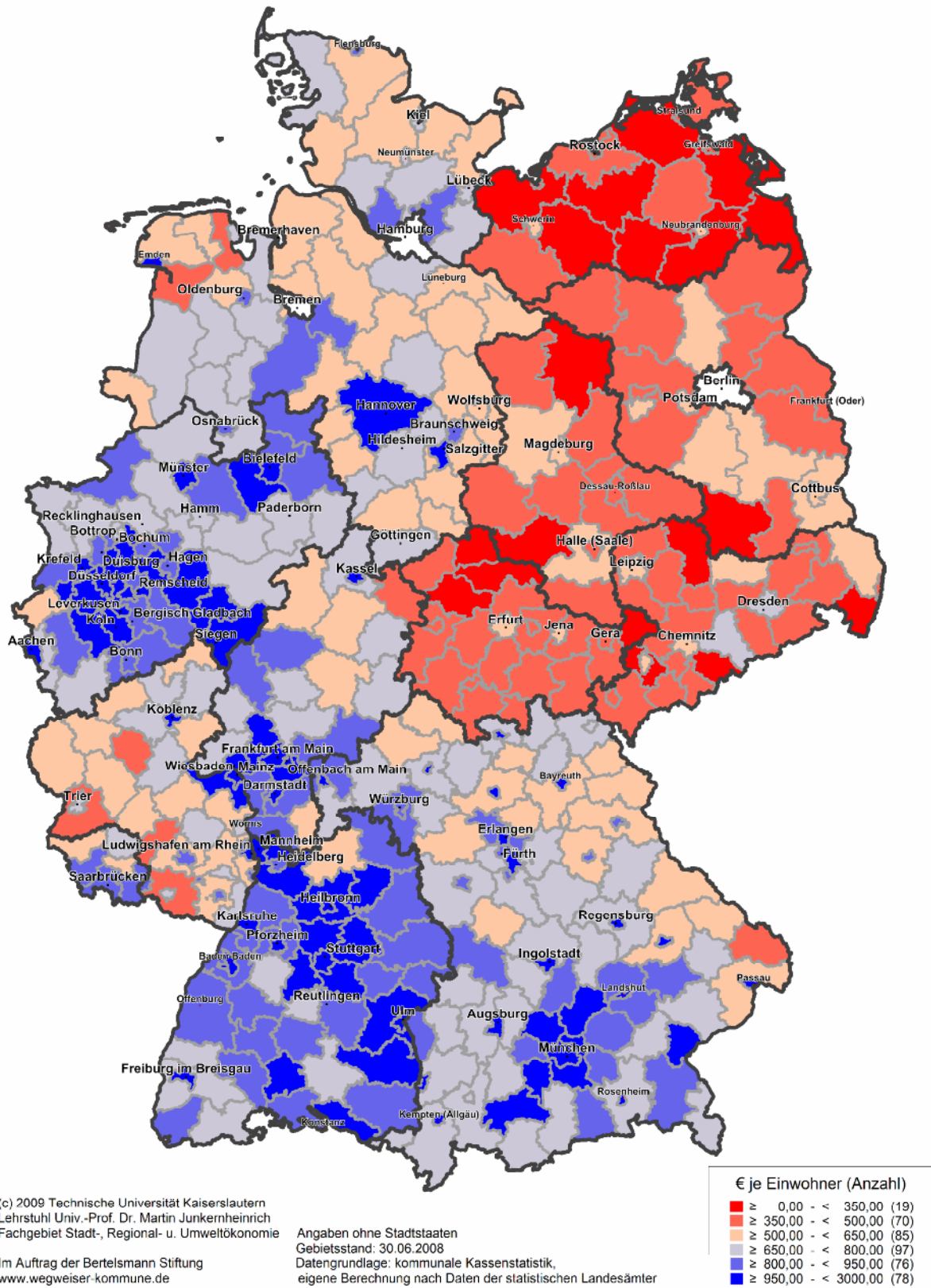
Gemeinden mit weniger als 10 € Schulden je Einwohner am 31.12.2007 in %



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Statistischen Landesämter.

Folgende Schuldenarten wurden erfasst: Kernhaushalte (Investitionsschulden, Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) + Eigenbetriebe (Schulden der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe). Noch nicht erfasst wurden die Schulden der kommunalen Unternehmen.

Kommunale Steuereinnahmen nach Landkreisen und kreisfreien Städten in 2007



Kommunale Schlüsselzuweisungen nach Landkreisen und kreisfreien Städten in 2007

